

## Kreative Milieus auf der Suche nach ihrem politischen Raum

Peter Weichhart, Wien<sup>1</sup>

Durch die Platzierung meines Vortrages gegen Ende unserer Arbeitstagung ergab sich die Möglichkeit, mein ursprünglich vorgesehenes Referat umzubauen und inhaltlich auch auf die sehr spannenden Vorträge und Erörterungen des Vortages Bezug zu nehmen.

Im Anschluss an die Ausführungen von Joseph ESSER über die Regionalreform Rhein-Main kam es zu einer sehr anregenden Diskussion, die auch das Selbstverständnis politischer Wissenschaft und von Großforschungsvorhaben wie des SFB 417 berührte und die als Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen kurz referiert werden soll.

ESSER zeigte in aller Deutlichkeit das Versagen des Politiksystems im Großraum Frankfurt auf, das sich als unfähig oder unwillig erwiesen hat, die regionalpolitische Steuerungsebene zeitgemäß zu entwickeln und an die Erfordernisse der aktuellen Standortdynamik anzupassen. Da unter den Gegebenheiten des Globalisierungsprozesses gerade in großen Stadt-Umland-Systemen eine immer stärkere Tendenz zur *Regionalisierung* von Lebenswelt und Ökonomie evident ist, müssten für diese Nodalregionen funktionsfähige Steuerungseinheiten zur Koordination von Planungs- und Standortentscheidungen geschaffen werden. Dies wird auch von der Wirtschaft vehement gefordert. Politik und Verwaltung haben sich in der Region Frankfurt derartigen Forderungen aber erfolgreich widersetzt.

In der Diskussion wurde auf die hohen volks- und regionalwirtschaftlichen Kosten dieser ungenügenden Modernisierungsbereitschaft des Politiksystems hingewiesen.

---

<sup>1</sup> Univ.-Prof. Dr. Peter Weichhart, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien; E-mail: [peter.weichhart@univie.ac.at](mailto:peter.weichhart@univie.ac.at)

Im Jahr 1999 hat Frau Dorothea STURN in der Zeitschrift „Raum“ einen Aufsatz mit dem Titel „Innovationspolitik auf der Suche nach ihrem Raum“ veröffentlicht (vergl. Fußnote 9). Inhaltlich befasst sich dieser Text mit Überlegungen zu einer Regionalpolitik, die geeignet erscheint, dem Phänomen der „New Industrial Districts“ gerecht zu werden. Ich habe mich bei der Formulierung des Titels meines Beitrages von diesem Aufsatz inspirieren lassen.

Im folgenden Text wurde der Vortragsstil bewusst beibehalten.

Ich habe in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, „ob wir uns diese hohen Kosten eigentlich (noch) leisten könnten“.

Auf diese Frage reagierte Wolfgang FACH mit der Gegenfrage „Wer ist Wir“? und stellte in der Folge Überlegungen darüber an, wer denn die moralische Instanz sein könne, die legitimiert und im Stande ist, solche Fragen zu beantworten. Dabei wurde die These erörtert, dass das Politiksystem als gleichsam „zynischer Zirkus“ weitgehend losgelöst sei von anderen Bereichen der sozialen Realität, sich zu einem eigenständigen und autonomen autopoietischen System entwickelt habe und daher der Möglichkeit einer Kritik oder Beeinflussung von außen gar nicht zugänglich ist.

Wenn die mit dieser These formulierten Behauptungen nun aber tatsächlich zutreffen, hätte dies erhebliche Konsequenzen für das Selbstverständnis des SFB und alle empirischen Wissenschaften, die sich mit dem politischen System beschäftigen. Es wäre dann nämlich davon auszugehen, dass politikwissenschaftliche Forschung ausschließlich und bestenfalls die Funktion hat, das autonome Politiksystem bloß *zu beschreiben*. Weitergehende Konsequenzen im Sinne einer fachlichen Beratung zur Verbesserung oder Optimierung politischer Handlungspraxis wären dann konsequenter Weise von vorneherein auszuschließen.

Aus den mir vorliegenden Unterlagen über den SFB 417 muss ich aber eindeutig den Schluss ziehen, dass dieses Großforschungsprojekt mit der ausdrücklichen Zielsetzung angetreten ist, Forschungsergebnisse zu erarbeiten, die für eine Inwertsetzung in der politischen Handlungspraxis tauglich sind. Die Mitarbeiter des SFB wollen etwas bewirken, sie verstehen ihre Arbeit als Grundlagenforschung, die Anwendungsmöglichkeiten in einer Art Politikberatung eröffnet. Genau daraus wird auch die Legitimation für dieses doch relativ aufwendige und teure Projekts abgeleitet.

Nun wissen wir alle aus eigener leidvoller Erfahrung: Politik ist tatsächlich ziemlich beratungsresistent.

Und dennoch haben aber alle Referenten des ersten Sitzungstages klar gemacht, dass sie genau das tun: Sie betreiben Politikberatung mit dem Ziel, die politische Handlungspraxis auf der Grundlage wissenschaftlicher Theorien und empirischer Be-

funde zu verändern und sie verdienen damit Geld oder finanzieren damit ihre Projekte. Wenn wir das aber tun, dann setzt dies eine zumindest implizite oder vage Hoffnung voraus, dass es mit Hilfe wissenschaftlicher Rationalität möglich ist, den politischen Gestaltungsprozess in irgend einer Weise „zu verbessern“, ihn in positiver Weise zu beeinflussen.

Damit sollte Politik zu dem gemacht werden können, was sie nach den Worten von Wolfgang FACH in Wahrheit und faktisch *nicht* ist, nämlich zu einer Problemlösungsmaschine. Mit dieser zusätzlichen Diskussionsbemerkung hat Herr FACH auf kürzest mögliche Weise die Dekonstruktion einer Meta-Narration betrieben. Denn die ganze Welt und vor allem die Politiker selbst leben in dem Glauben, dass Politik genau diese zentrale Leistung des Problemlösens erbringt.

Die Referate des ersten Sitzungstages lieferten verschiedenste empirische Belege für die Evidenz der Problemlösungsdefizite des politischen Systems. Als Ursachen oder Hintergründe des Scheiterns wurden dabei vor allem die Globalisierungsdynamik, die Entwicklung neuer Standortstrukturen im Übergang zum Postfordismus und das neue Phänomen des Wettbewerbs der Regionen angeführt, als konkrete Beispiele wurden das Versagen, Instrumente einer Steuerung von Regionalökonomien zu entwickeln, die Arbeitslosigkeit oder ökologische Probleme genannt.

Weitgehende Einigkeit bestand bei den Tagungsteilnehmern also in der Diagnose: Die bestehenden regionalpolitischen Strukturen und Instrumente seien nicht geeignet, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Bei der Bewertung dieser Diagnose schieden sich dann aber die Geister und es wurde ein ambivalentes Meinungsbild erkennbar. In den Diskussionsbemerkungen von Wolfgang FACH und im Referat von Joseph ESSER war eher Resignation spürbar. In anderen Referaten und Diskussionsbeiträgen äußerte sich hingegen eine abweichende Auffassung. Die Situation könne durchaus geändert werden, die Defizite ließen sich schon beseitigen, *man müsse es nur richtig anpacken*.

Das Gesamtprojekt des SFB 417 macht eigentlich nur dann Sinn, wenn man die positiv getönte Bewertung vertritt und annimmt, dass das Politiksystem grundsätzlich der Kritik und Einflussnahme von Außen zugänglich ist. Auch das engere Thema der

Arbeitstagung geht schon vom Ansatz her von einer solchen positiven Deutung aus. Dieses engere Thema lässt sich durch die Frage umschreiben: Ist regionale Identität ein Phänomen oder ein Instrument, mit dessen Hilfe man eine *bessere Regionalpolitik* machen kann? In den Referaten des ersten Tages haben wir dazu zwei Meinungen gehört. Einige Teilnehmer vertraten die Auffassung, dass regionale Identität tatsächlich als Mittel der Regionalpolitik eingesetzt und als Vehikel der Regionalisierung instrumentalisiert werden kann. Die zweite Meinung, die etwa von Dietrich FÜRST vertreten wurde, geht vom Primat einer Verbesserung und Intensivierung innerregionaler Verflechtungen und Vernetzungen aus. Dabei *könne* regionale Identität entstehen.

Im Folgenden soll versucht werden, diese beiden Positionen zu vergleichen und zu bewerten. Daraus möchte ich dann Schlussfolgerungen ableiten, die sich auf das von Wolfgang FACH thematisierte Problem der Autonomie und Unbeeinflussbarkeit des politischen Systems und die Rolle der Wissenschaft beziehen. Dazu ist es erforderlich, einige Überlegungen zum Phänomen der raumbezogenen Identität anzustellen.

Es hat den Anschein, als wären die Phänomene der raumbezogenen Identität nach bestimmten Maßstabsbereichen strukturiert. Raumbezogene Identität kann im Sinne des Konzepts der multiplen Identität von Carl Friedrich GRAUMANN<sup>2</sup> auf drei Identifikationsprozesse zurückgeführt werden: „identification of“, „being identified“ und „identification with“. Im ersten Prozess geht es um die Wahrnehmung und Bewertung lebensweltlicher „Raumobjekte“ durch das erkennende Subjekt, im zweiten um Attribuierungen und Rollen Aspekte, die dem Subjekt oder bestimmten regionalen Gruppierungen auf der Grundlage ihrer räumlichen Situiertheit von außen zugeschrieben werden. Beim dritten Prozess handelt es sich um „räumliche“ Projektionen von Ich- und Wir-Identitäten, die dadurch mit lebensweltlichen Raumobjekten in Verbindung gebracht werden<sup>3</sup>.

Im Zentrum dieser Identifikationsprozesse steht dabei die Wohnung und deren unmittelbare Nahumgebung. Als fast ebenso bedeutsam erweist sich die sogenannte

---

<sup>2</sup> C. F. GRAUMANN, 1983, On Multiple Identities. – In: International Social Science Journal, 35, 96, S. 309-321.

<sup>3</sup> WEICHHART, P., 1990, Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation. – Stuttgart, (=Erdkundliches Wissen, H. 102).

„kleine Nachbarschaft“, die das engere räumliche Umfeld der Wohnung umfasst. Auch dem Stadtteil oder der Wohnsitzgemeinde kommt noch eine relativ starke Bindungskraft und Ego-Nähe zu. Dies führt zu Reaktionen, die in der Literatur auch als „Ortsloyalität“<sup>4</sup> bezeichnet werden. Dabei spielen die Sprache und lokale Dialektvarietäten eine wichtige Rolle. Auf die Bedeutung der Sprache als Medium der Entwicklung raumbezogener Identität wurde auch im Referat von Michael KEATING ausdrücklich verwiesen.

Seit einigen Jahrzehnten beginnen sich mit der zunehmenden Suburbanisierung und den neuen Standortstrukturen, die im Übergang zum Postfordismus entstanden sind, größere Funktionalregionen zu neuen Bezugsgrößen raumbezogener Identität zu entwickeln<sup>5</sup>. Meist handelt es sich dabei um ein- oder mehrkernige Nodalregionen, die aus einem städtischen Zentrum und einem funktional verflochtenen Umland bestehen. Es sind Standort-Interaktionssysteme, die durch tagesrhythmische Verflechtungen gekennzeichnet sind.

Diese Regionsbildung kommt auch in der alltäglichen Lebenspraxis der Bewohner des Stadt-Umland-Systems zum Ausdruck. Die Aktionsräume der Bewohner sind nicht mehr auf Gemeinden konzentriert, sondern formieren sich auf regionaler Maßstabsebene neu. Es ist heute also nicht mehr die *Gemeinde* das Zentrum der alltäglichen Lebenswelt, sondern die (funktionale) *Region*.

Die nächsthöhere, räumlich oft noch weiter ausgreifende Bezugsgröße raumbezogener Identität können „Vernacular Regions“ darstellen. Dabei handelt sich oft um historische Herrschafts- oder Gerichtsbarkeitsbereiche. Auch (Bundes-) Länder und Nationalstaaten sind natürlich Bezugsobjekte raumbezogener Identität und können – wie die Geschichte gezeigt hat – im Sinne einer symbolischen Regionalpolitik durchaus erfolgreich instrumentalisiert werden. Es ist sogar denkbar, dass es (beispielsweise in Zusammenhang mit dem Gaia-Konzept) zu vergleichbaren Identifikationsprozessen kommt, bei denen Subjekte oder Gruppen auf die gesamte Erde Bezug nehmen.

---

<sup>4</sup> MATTHEIER, K. J., 1985, Ortsloyalität als Steuerungsfaktor von Sprachgebrauch in örtlichen Sprachgemeinschaften. – In: W. BESCH und K. J. MATTHEIER, Hrsg., Ortssprachenforschung. Beiträge zu einem Bonner Kolloquium. – Berlin, (= Schriften der Abteilung für Sprachforschung des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande), S. 139-157.

<sup>5</sup> Vergl. z. B. P. WEICHHART, 1997, Sozioökonomische Rahmenbedingungen der „Neuen Regionalplanung“. – In: SIR-Mitteilungen und Berichte, 25, S. 9-21.

Es gibt hinreichende empirische Belege dafür, dass die Phänomene der Ortsloyalität und die subjektiven Empfindung orts- oder regionsspezifischer Gruppenzugehörigkeit tatsächlich existieren. Allerdings lassen sich in der Regel keine korrespondierenden sozialen Interaktionsstrukturen finden, die es uns erlauben würden, von echten sozialen *Interaktionsgruppen* auf lokaler oder regionaler Ebene zu sprechen. Man kann davon ausgehen, dass von der kleinen Nachbarschaft aufwärts bis hin zu Nationalstaaten und Heimatländern als soziale Bezugsgrößen der Identitätsbindung bloß *symbolische Gruppen und Gemeinschaften fungieren*, die gleichsam als kognitive Emulationen realer Sozialbeziehungen angesehen werden könnten.

Raumbezogene Identität als Bewusstseinsphänomen hat also gleichsam die Struktur einer Russischen Puppe. Welche Maßstabsebene jeweils relevant ist, hängt vom Handlungs- und Sinnkontext ab, der für das Subjekt gerade aktuell ist. Sich als „Münchner“ zu fühlen, schließt nicht aus, gleichzeitig eine Identität als Bogenhausener, Bayer, Deutscher, Europäer oder Weltbürger für sich in Anspruch zu nehmen.

Obwohl die nur symbolische Sozialbindung auch für die unteren Maßstabsbereiche der raumbezogenen Identität gilt (bis hinauf zu den funktionalen Regionen), muss diesem Maßstabssegment doch eine besondere Qualität zugeschrieben werden. Die Funktionalregion ist nämlich der Ort, an dem die ökonomische Modernisierung stattfindet. Im Unterschied zum Staat, der als territoriale Struktur fixe Grenzen aufweist, sind die Regionen der ökonomischen Modernisierung streng genommen nicht als räumliche Entitäten zu verstehen. Auch im Referat von Ulrich HILPERT wurde betont, dass solche Regionen als Produkte der sozialen Praxis funktionale Entitäten darstellen, deren wichtigste Entstehungsbedingungen Kontextualität und Räumlichkeit sind<sup>6</sup>. Wenn man sie in die Karte projiziert, weisen sie unscharfe, oszillierende und fluktuierende Ränder auf und sind durch Bereiche geringerer oder höherer Interaktionsdichte gekennzeichnet.

---

<sup>6</sup> Vergl. z. B. P. WEICHHART, 1999, Die Räume zwischen den Welten und die Welt der Räume. Zur Konzeption eines Schlüsselbegriffs der Geographie. - In: P. MEUSBURGER, Hrsg., Handlungszentrierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion. – Stuttgart, (= Erdkundliches Wissen, H. 130), S. 67-94.

Das Irritierende an diesen regionalen Strukturen der ökonomischen Modernisierung ist die Tatsache, dass sie sich einer Beschreibung und Erklärung auf der Grundlage rein wirtschaftlicher Parameter und Theorien hartnäckig entziehen. Es ist bisher nicht wirklich gelungen, eine *regionalökonomische* Theorie zu entwickeln, welche die Emergenz solcher Regionalökonomien plausibel ableiten könnte. Dies wurde auch in den Referaten von Ulrich HILPERT und Dieter REHFELD angesprochen.

Zu den wichtigsten Befunden der neueren regionalwissenschaftlichen Forschung zählt aber die Erkenntnis, dass im Rahmen der postfordistischen Standortdynamik als gleichsam emergente Strukturen auf territorialer Basis neue „Regionalökonomien“ oder „Industrial Districts“ entstehen, die auch als „regionale Innovationssysteme“ beschrieben werden können<sup>7</sup>. Für die Entwicklung derartiger dynamischer Wirtschaftsregionen scheinen vielfältige, lose gekoppelte, wissensbasierte Interaktionsbeziehungen zwischen Unternehmen und ihrem Umfeld eine entscheidende Rolle zu spielen. Zusätzlich wird die Bedeutung nichtökonomischer Faktoren wie Kultur, soziale Interaktion und soziales Milieu für die Stärke der Innovation herausgestellt. Diese Zusammenhänge, die offensichtlich mit der räumlichen Kopräsenz der Akteure und einem aus der Interaktionskultur resultierenden Klima des Vertrauens zu tun haben, führen zur Wiederentstehung von Wirtschaftssystemen, die trotz ihrer Einbindung in die Globalökonomie eben als *regionale Systeme* angesehen werden müssen.

Diese regionalen Systeme sind im ökonomischen Bereich durch Clusterbildung gekennzeichnet. Es existieren regionale Ballungen von Betrieben bestimmter zusammenhängender Branchengruppen, die miteinander durch Zulieferbeziehungen oder Versorgungs- und Entsorgungsbeziehungen eng verflochten sind. Besonders bekannt sind solche Cluster in der Auto- oder EDV-Industrie, sie kommen aber praktisch in allen Branchen vor (natürlich auch im Dienstleistungssektor und sogar in der Landwirtschaft). Solche arbeitsteiligen Verflechtungen des Produktionsprozesses bieten höchste Rationalisierungspotenziale durch die Spezialisierung einzelner Betriebe auf bestimmte Elemente der Produktion.

---

<sup>7</sup> Vergl. zum Folgenden P. WEICHHART, in Druck, Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs? – In: Informationen zur Raumentwicklung, und die dort angeführte Literatur).

Entscheidend dabei ist aber, dass diese Interaktionen keineswegs auf bloß funktionale Beziehungen im Sinne der Vorwärts- und Rückwärtskoppelung beschränkt sind, sondern vor allem auch *kommunikative Beziehungen* in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Marketing, Einkaufsgemeinschaften oder gar gemeinsame strategische und taktische Maßnahmen betreffen. Als besonders charakteristisches Merkmal ist das Vorhandensein „kreativer Netzwerke“ anzusehen. Damit ist eine regionale Vernetzung von Akteuren und Institutionen angesprochen, die an der Lösung ähnlicher Probleme arbeiten und miteinander zum Teil über nur informelle Beziehungen in Kontakt stehen, Erfahrungsaustausch betreiben.

Dabei spielen oft Bildungseinrichtungen, Forschungslabors, regionale „Denkwerkstätten“, aber auch Vereine, NGOs und kulturelle Institutionen oder Techno-Zs sowie deren Verknüpfung mit den Institutionen der Verwaltung und des politischen Systems eine wichtige Rolle. Das bedeutsamste Moment scheint dabei der private Sozialkontakt zwischen den beteiligten Menschen zu sein. Wichtig ist also, dass hier offensichtlich die räumliche Nähe der Akteure, der *regionale soziale Interaktionszusammenhang*, eine Rolle spielt. Derartige kooperative Interaktionszusammenhänge lassen sich auch zwischen Akteuren beobachten, die eigentlich miteinander in scharfer Konkurrenz stehen.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass das „Erfolgsrezept“ prosperierender Regionen empirisch nicht wirklich überzeugend in den Netzwerkstrukturen des Wirtschaftssystems festgemacht werden kann, liegt darin begründet, dass neben den rein ökonomischen Faktoren eine Vielzahl von regionalen Attributen bedeutsam sind, die als „weiche Standortfaktoren“ weitgehend dem Kultur- und Sozialsystem zugerechnet werden müssen. Sie sind die zentrale Voraussetzung dafür, hoch- und höchstqualifiziertes Personal in einer Region zu halten, und beeinflussen damit zumindest indirekt die Standortentscheidungen von Unternehmen.

Dieses sehr breite Spektrum an einander ergänzenden Faktoren lässt sich natürlich nur im Kontext von *Standortsystemen auf der regionalen Maßstabsebene* bewerten. Die „Industrial Districts“ sind auf der Grundlage dieser weichen Standortfaktoren gleichsam eingebettet in ein regional kontextualisiertes Gefüge aufeinander bezoge-



ner Action Settings<sup>8</sup>, das durch die soziale Praxis und die „Kultur“ der kommunikativen Interaktionsstrukturen konstituiert wird. Der daraus entstehende hybride und diffuse Zusammenhang zwischen der rein ökonomischen (betriebsbezogenen) und der soziokulturellen Handlungspraxis und den jeweils zugehörigen materiellen Standortstrukturen ist wohl die wichtigste Ursache dafür, dass wirklich überzeugende empirische Belege für innerregionale Verflechtungen mit Hilfe rein ökonomischer Maßzahlen nur schwer zu erbringen sind.

Diese „neuen Regionalökonomien“ haben nur eine äußerst unangenehme Eigenschaft: Sie pflegen sich meist nicht an die bestehenden administrativen Territorialstrukturen zu halten, sondern entwickeln sich unbekümmert über solche Grenzen hinweg und besonders gerne im Verschneidungsbereich hochrangiger administrativer Grenzen.

Sie sind meist auf einer Maßstabsebene angesiedelt, die deutlich unterhalb jener der Länder gelegen ist. Nicht Baden-Württemberg als gesamtes Bundesland, sondern die Region Stuttgart, nicht das Bundesland Oberösterreich, sondern der mehrkernige „Oberösterreichische Zentralraum“ mit der Landeshauptstadt Linz als Zentrum können in diesem Sinne als „neue Regionalökonomie“ bezeichnet werden.

Damit ergibt sich aber für die Regional- und Raumordnungspolitik ein sehr schwer lösbares Problem, das im Referat von Joseph ESSER besonders illustrativ veranschaulicht wurde. Dieses Problem lässt sich etwa so beschreiben:

Ohne Rücksicht auf bestehende administrativ-politische Grenzen und aktuelle Planungsregionen haben sich als Ausdruck ökonomischer Modernisierung neue Regionalökonomien entwickelt, die instabile und zeitlich variante „Außenränder“ aufweisen. Die Geschicke dieser neuen Regionalökonomien werden nun von unterschiedlichen Leitungs- und Steuerungsgremien bestimmt, die jeweils unterschiedliche oder gar konträre Interessenlagen aufweisen. Weil keinerlei Zwänge für eine innerregionale Kooperation und gemeinsame politische Willensbildung existieren, ist eine Koordina-

---

<sup>8</sup> P. WEICHHART, 1996, Die Region - Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme? - In: G. BRUNN, Hrsg., Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Wissenschaftliche Konferenz, Siegen, 10. - 11. Oktober 1995. - Baden-Baden, (= Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschung, Band 1), S. 25-43.

tion von Planungs- und Entwicklungsaktivitäten bestenfalls als kleinster gemeinsamer Nenner der divergierenden Interessenlagen möglich – und der konvergiert meist sehr heftig gegen Null.

Das zentrale regionalpolitische Problem besteht nun darin, über die bestehende Territorialgliederung hinaus auf höherer Maßstabsebene so etwas wie eine „Quasi-Gebietskörperschaft“ zu entwickeln, die über ein Minimum an verbindlicher Steuerungskompetenz für den gesamten Verflechtungsbereich verfügt.

Es müsste also eine Art „Kooperationsverbund“ geschaffen werden, der flächenmäßig einigermaßen den Bereich der sozialen, ökonomischen und kulturellen Verflechtungen abdeckt und für den – auf welche Weise auch immer – gemeinsame Management- und Regulierungsaktivitäten installiert werden können. Diese Quasi-Gebietskörperschaft müsste als politisch-administratives Pendant oder Komplement zur neuen Regionalökonomie angesehen werden.

Ich behaupte nun, dass derartige regionale Kooperationsverbünde oder Quasi-Gebietskörperschaften nur dann geschaffen werden können, wenn es gelingt, sie zum Bezugsobjekt einer effizienten symbolischen Regionalpolitik zu machen, die auf alle Elemente und Prozesse regionaler Identität zurückgreift. Weiters behaupte ich, dass nur für solche Bereiche neuer Regionalökonomien eine symbolische Regionalpolitik möglich ist, die ohne rückwärts gewandte Utopien und ohne Ethnisierungsdiskurs auskommen kann und die auch nicht als bloße Kompensation von Modernisierungs- und Globalisierungängsten gedacht ist.

Dem frommen Wunsch nach der Schaffung solcher regionaler Quasi-Gebietskörperschaften und der Etablierung einer zukunftsorientierten symbolischen Regionalpolitik steht in unseren politisch-administrativen Systemen aber bedauerlicherweise ein gravierendes Hindernis entgegen.

In den Staaten Europas existieren zwar eine ganze Reihe von Raumgliederungen, die in der Größenordnung zwischen den Gemeinden und den Ländern gelegen sind, sie sind aber funktional vorwiegend auf der Ebene der territorialen Verwaltungsgliederung oder oft nur im Sinne statistischer Zählseinheiten definiert. Sie besitzen daher

auch keine *politische Vertretung*, deren Repräsentanten die *regionalen* Problem- und Interessenlagen artikulieren und in den gesellschaftlichen Gestaltungsprozess einbringen könnten. Die bestehenden territorialen Strukturen des Politiksystems sind vom räumlichen Zuschnitt her nicht in der Lage, zielgenau die aktuellen und potenziellen Verflechtungsregionen nachzuzeichnen.

Damit ergibt sich mit Notwendigkeit ein fatales Hemmnis für jede Form der Steuerung von Regionalökonomien. Es manifestiert sich besonders in der fehlenden oder bestenfalls indirekt gegebenen demokratiepolitischen Legitimation regionsbezogener Entscheidungsfindung. *Regionen im Sinne der neuen Regionalökonomien sind in unseren Verfassungen als politische Subjekte einfach nicht vorgesehen.*

Für die Etablierung einer steuerungswirksamen Regionalpolitik fehlt also meist nicht nur eine administrative Trägerstruktur, die schon aus Gründen der Arbeitsorganisation erforderlich wäre. Vor allem aber gibt es kein Entscheidungssubjekt beziehungsweise kein kollektives Entscheidungsgremium, dessen primäre Intentionalität tatsächlich die *regionalen* Interessen abdecken würde und das als autonomer Initiator oder Impulsgeber für regionsbezogene Koordinations- und Entwicklungsaktivitäten wirksam werden könnte.

Bei vielen Beispielen regionalplanerisch relevanter Institutionen werden die Regionalinteressen nicht von „der Region“ selbst, sondern gleichsam von „Statthaltern“ vertreten. Es sind dies einerseits die Fachbeamten der Raumplanung und Wirtschaftsentwicklung, die auf der Grundlage der fachlichen Wahrnehmung regionaler Problemlagen quasi eine „Fürsorgefunktion“ übernehmen. Andererseits sind es meist Bürgermeister, die als gewählte *Kommunalpolitiker* aber primär die Interessen der eigenen Gemeinde wahrnehmen müssen. Sie werden bei einem Eintreten für gesamtregionale Interessen immer wieder von Rollen- und Interessenkonflikten betroffen sein, die sie aus verständlichen Gründen so gut wie immer zu Gunsten der eigenen Kommune lösen werden. Diese Situation gilt sowohl für Regionalverbände als auch für Strukturen wie die Euregios. Die neuen Regionalökonomien, die erst auf der Grundlage einer soziokulturellen Regionalisierung entstehen konnten, sind damit gleichsam „auf der Suche nach ihrem *politischen Raum*“<sup>9</sup> (vergl. D. Sturn, 1999).

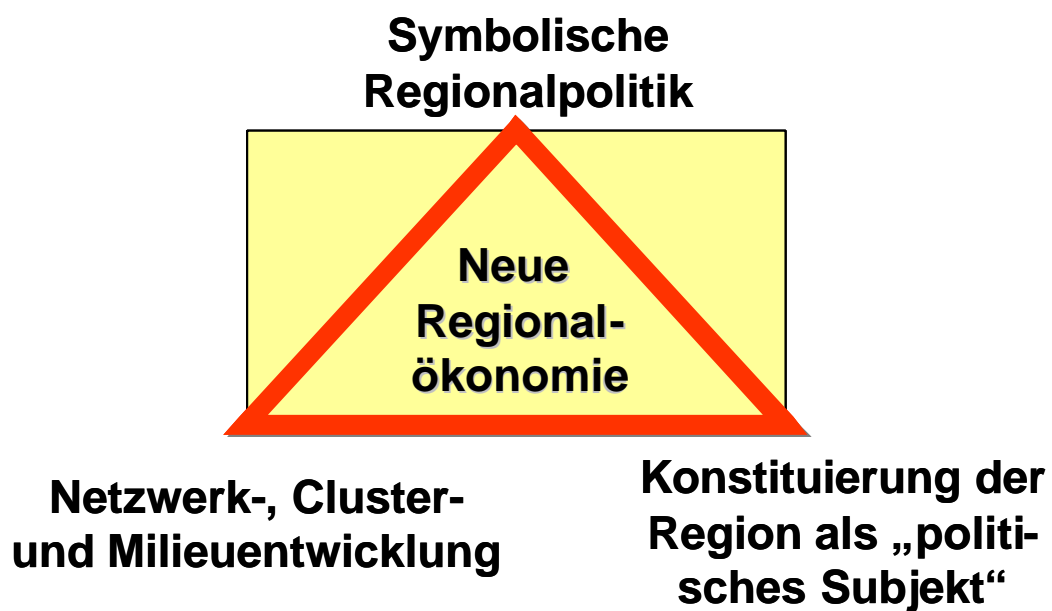
---

<sup>9</sup> D. STURN, 1999, Innovationspolitik auf der Suche nach ihrem Raum. – In: Raum, 35, S. 193-202.

Lösungen, wie sie etwa in der Region Stuttgart durch die Schaffung eines schlagkräftigen Regionalverbandes mit dem politischen Entscheidungsgremium eines eigenen Regionalparlaments mit Hilfe des Landesgesetzgebers verwirklicht werden konnten, sind bei Länder- oder gar Staatsgrenzen übergreifenden Funktionalregionen kaum zu realisieren.

In einer solchen Situation kann eine symbolische Regionalpolitik qua Identitätsmanagement eine entscheidende Grundlage für die Konstituierung der Funktionalregion als politisches Subjekt darstellen. Denn die neuen Regionalökonomien weisen als sozioökonomische Realität noch keine ausreichende historische Tiefe auf, um als Wahrnehmungs- und Identitätsregionen im Bewusstsein der Bevölkerung und der politischen Entscheidungsträger ausreichend präsent sein zu können.

Dabei könnte eine so verstandene symbolische Regionalpolitik auf alle Elemente regionaler Identität zurückgreifen und die drei Prozesse der Identifikation als Instrumentalisierungsmedien einsetzen. Dies sollte sich nicht nur auf die Bevölkerung, sondern auch auf die in der Region ansässigen Betriebe und Institutionen und deren Corporate Identity beziehen.



**Abbildung 1: Drei Eckpunkte der Regionalentwicklung**

Allerdings wäre es wohl ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, dass damit auch schon die Garantiekunde für eine erfolgreiche Regionalentwicklung ausgestellt werden kann. Eine noch so gelungene symbolische Regionalpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie als *einer* von drei Eckpunkten eines hybriden Entwicklungssystems instrumentalisiert wird (vergl. Abb. 1). Die wirklichkeitssetzende Macht der Diskurse – auch der Identitätsdiskurse – ist groß. Aber ohne der Wirklichkeit einer politischen Institutionalisierung der Region und ohne der materiellen Basis einer soliden Cluster- und Netzwerkentwicklung wird sie wirkungslos bleiben.

Fazit: Wenn symbolische Regionalpolitik mehr sein will als „bloß symbolische Politik“, die unverbindliche und rückwärtsgewandte territoriale Ideologien konstruiert und rekonstruiert, wenn sie auf den Ethnisierungsdiskurs verzichten möchte, dann sollte sie auf jene Regionen bezogen sein, die als emergente Strukturen im Zuge des Globalisierungsprozesses im Entstehen sind. Eine solche symbolische Regionalpolitik sollte aber nicht als isoliertes Unterfangen betrieben werden. Sie wird nur dann erfolgreich sein können, wenn sie auf der Grundlage der Cluster-, Netzwerk- und Milieuentwicklung und vor allem auf der Weiterentwicklung der neuen Regionalökonomie zu einem territorialen politischen Subjekt aufbauen kann.

Das Beispiel Frankfurt hat uns aber überzeugend vor Augen geführt, dass das politische System eine dieser drei Säulen – die Etablierung einer eigenständigen regionalen Politikebene – partout nicht akzeptiert und ihre Errichtung einfach nicht zulässt. Auch Dietrich FÜRST hat dies in seinem Vortrag ausdrücklich betont.

Aus den dargestellten Zusammenhängen möchte ich zwei Schlussfolgerungen ableiten. Beispiele wie Stuttgart, Hannover oder vielleicht auch Salzburg eröffnen die Perspektive, dass unter günstigen Rahmenbedingungen die gegenwärtig ablaufenden Regionalisierungsprozesse auch als Chance für eine Modernisierung des Politiksystems gesehen und ergriffen werden können. Die Zwänge der postfordistischen Standortdynamik könnten so zu einer grundlegenden Erneuerung der traditionellen politischen Struktur in Hinsicht auf die Konstitution einer demokratiepolitisch abgesicherten eigenständigen Steuerungsebene „Region“ führen. Das politische System wird sich auf Dauer den massiven Forderungen der Wirtschaft nach einer effizienten Regulierung der neuen Regionalökonomien nicht verschließen können. So betrach-

tet, kann man das traditionelle Politiksystem auch als Modernisierungsverlierer ansehen und die Causa Frankfurt als ein Rückzugsgefecht.

Die zweite Folgerung bezieht sich auf die Rolle der politisch relevanten Wissenschaften. Es ist schon wahr: Man könnte schier verzweifeln und resignieren ob der Unbelehrbarkeit und Ignoranz der Akteure des politischen Systems und dessen Trägheit. Und dennoch gibt es so etwas wie „Wissensverantwortung“, die uns dazu nötigen sollte, auszusprechen, was gesagt werden muss. Selbst wenn die direkte Einflussmöglichkeit auf das System der Politik auch in Zukunft äußerst bescheiden sein mögen, eine Verpflichtung bleibt der Wissenschaft auferlegt: vor Fehlentwicklungen zu warnen, zu kritisieren, Aufklärung zu betreiben, die fachlichen Erkenntnisse in den öffentlichen Diskurs zu tragen und damit konzeptive Grundlagen für den erforderlichen Erneuerungsprozess anzubieten.

Die Forschungsarbeit des SFB 417 sehe ich in diesem Sinne auch als Bemühen, dieser Wissensverantwortung gerecht zu werden, einen Beitrag zur Aufklärung und zur Kritik der bestehenden Verhältnisse und zu einer Verbesserung der politischen Handlungspraxis zu leisten.